

 Bundesnetzagentur	<h1>VerfahrensAnweisung</h1>
<b>VA 09/STÖ</b>	<b>Bearbeiten von elektromagnetischen Unverträglichkeiten</b>

## 1 Zweck

Mit dieser Verfahrensanweisung (VA) soll sichergestellt werden, dass die Bundesnetzagentur bei der Bearbeitung von elektromagnetischen Unverträglichkeiten einschließlich Funkstörungen einheitlich, rechtmäßig, wirtschaftlich und technisch zweckmäßig handelt.

Das Gesetz über die elektromagnetische Verträglichkeit von Betriebsmitteln (EMVG) überträgt der Bundesnetzagentur die Aufgabe der Störungsbearbeitung bei elektromagnetischen Unverträglichkeiten einschließlich Funkstörungen.

Elektromagnetische Unverträglichkeiten sind Störungen, deren Ursachen in der wechselseitigen Beeinflussung technischer Geräte und Anlagen mittels elektromagnetischer Erscheinungen liegen.

## 2 Geltungsbereich

Diese VA gilt für alle Organisationseinheiten der Bundesnetzagentur, welche mit der Bearbeitung von elektromagnetischen Unverträglichkeiten einschließlich Funkstörungen befasst sind, insbesondere sind das die Dienstleistungszentren des Prüf- und Messdienstes (DLZ 6, 7, und 8), sowie das Referat 511.


## 3 Begriffe

### 3.1 Elektromagnetische Störung

Elektromagnetische Störung ist jede elektromagnetische Erscheinung, die die Funktion eines Betriebsmittels beeinträchtigen könnte; eine elektromagnetische Störung kann ein elektromagnetisches Rauschen, ein unerwünschtes Signal oder eine Veränderung des Ausbreitungsmediums sein (§ 3 Nr. 5 EMVG). Da das EMVG mit dem Begriff der elektromagnetischen Störung jede elektromagnetische Erscheinung (vgl. EMV-Leitfaden) erfasst, die die Funktion eines Betriebsmittels beeinträchtigen kann, können auch gewollte Aussendungen eine elektromagnetische Störung darstellen.

### 3.2 Elektromagnetische Verträglichkeit

Elektromagnetische Verträglichkeit ist die Fähigkeit eines Betriebsmittels, in seiner elektromagnetischen Umgebung zufriedenstellend zu arbeiten, ohne elektromagnetische Störungen zu verursachen, die für andere in dieser Umgebung vorhandene Betriebsmittel unannehmbar wären (§ 3 Nr. 4 EMVG).

Erstellt PGSTÖ 511-22 18.01.2017	Geprüft  511-22 23.03.2017	Genehmigt/Eingeführt AbtL 5 23.03.2017	Seite: 1/13 Stand: 18.01.17 Version: 4.1
---	--	--	--

---

Eine **elektromagnetische Unverträglichkeit** ist somit das Nichtvorhandensein der elektromagnetischen Verträglichkeit, die sich in der Beeinträchtigung der Funktion eines Betriebsmittels durch eine elektromagnetische Störung äußert.

### **3.3 Funkstörung oder funktechnische Störung**

Eine Funkstörung ist eine „funtechnische Störung“ im Sinne des Gesetzes über Funkanlagen und Telekommunikationsendeinrichtungen (§ 2 Nr. 9 FTEG), die dort definiert ist als „ein Störeffekt, der für das Funktionieren eines Navigationsfunkdienstes oder anderer sicherheitsbezogener Dienste eine Gefahr darstellt oder anderweitige schwerwiegende Beeinträchtigungen, Behinderungen oder wiederholte Unterbrechungen eines Funkdienstes bewirkt, der im Einklang mit den geltenden gemeinschaftlichen oder einzelstaatlichen Regelungen betrieben wird“.

### **3.4 Störung**

Störung im Sinne dieser VA sind elektromagnetische Unverträglichkeiten einschließlich funktechnischer Störungen.

### **3.5 Betriebsstörung**

Betriebsstörung ist eine technische und betriebliche Störung, die ihre Ursache im Betriebsmittel, im Telekommunikationsnetz oder in der Funkstelle selbst hat (z.B. Gerätefehler, Softwarefehler, Senderausfall, unzureichende Funkversorgung) und die andere Betriebsmittel nicht beeinträchtigt. Betriebsstörungen fallen in den Zuständigkeitsbereich der Anwender und Netzbetreiber.

### **3.6 Kollisionsfall**

Ein Kollisionsfall im Sinne dieser VA ist eine elektromagnetische Unverträglichkeit, bei der die beteiligten Betriebsmittel jeweils die grundlegenden Anforderungen gemäß § 4 EMVG bzw. § 3 Abs 1 Nr. 2 FTEG einhalten.

### **3.7 Verantwortlicher Bediensteter (vB)**

Der „verantwortliche Bedienstete“ im Sinne des § 28 Abs. 2 EMVG ist ermächtigt, bei Gefahr im Verzug die Durchsuchung von Grundstücken, Räumlichkeiten und Wohnungen schriftlich anzuordnen, soweit eine richterliche Anordnung nicht rechtzeitig herbeigeführt werden kann. Diese Funktion ist in der Bundesnetzagentur dem dafür verantwortlichen Sachbearbeiter der 24-Stunden-Messstelle Konstanz übertragen (Vfg. Z 11-1 1442 vom 13.06.2013).

### **3.8 Gefahr im Verzug**

Gefahr im Verzug besteht dann, wenn eine richterliche Anordnung nicht eingeholt werden kann, ohne dass der Zweck einer beabsichtigten Maßnahme gefährdet würde. Eine Gefährdung von Leib oder Leben ist zur Annahme von Gefahr im Verzug nicht notwendig.

Im Prüf- und Messdienst wird der Fall von „Gefahr im Verzug“ hauptsächlich im Rahmen der Sicherung von Beweismitteln oder zur Abwendung eines mit hinreichender Wahrscheinlichkeit eintretenden Schadens für eines der Schutzgüter der öffentlichen Sicherheit und Ordnung Anwendung finden (z.B. durch nicht rechtzeitige Ermittlung und Außerbetriebnahme einer Störquelle).

---

### **3.9 Sofortmaßnahme**

Eine Sofortmaßnahme ist eine Anordnung zur sofortigen Betriebseinschränkung oder Abschaltung von Betriebsmitteln.

Die Entscheidung über eine Sofortmaßnahme wird durch den zuständigen vB getroffen.

## **4 Zuständigkeiten**

Die Gesamtverantwortung für diesen Prozess obliegt dem Abteilungsleiter 5.

Der Prozesseigner ist der Referatsleiter 511.

Das Referat 416 nimmt die rechtliche Beratung zur Anwendung des EMVG und des FTEG wahr.

Weitere am Prozess Beteiligte und deren Zuständigkeiten sind in der Matrix im Abschnitt 5 aufgeführt.

## **5 Vorgehensweise bei der Bearbeitung von elektromagnetischen Unverträglichkeiten**

### **5.1 Rechtsgrundlagen**

Grundlage für die Bearbeitung von Störungen ist das Gesetz über die Elektromagnetische Verträglichkeit von Betriebsmitteln (EMVG).

Das EMVG überträgt der Bundesnetzagentur die Zuständigkeit für die Aufklärung von elektromagnetischen Unverträglichkeiten einschließlich Funkstörungen (§ 22 Abs. 2 Nr. 5 EMVG). Die Bundesnetzagentur erhält im EMVG eine Ausgangszuständigkeit für die Ermittlung der Ursachen der gemeldeten Unverträglichkeit unabhängig davon, ob sich im weiteren Verlauf der Untersuchungen herausstellt, dass die Quelle und die rechtliche Beurteilung ihrer Aussendungen und Abstrahlungen anderen Rechtsvorschriften unterfallen. Die abschließende Entscheidung ist nach Ermittlung der Störungsquelle auf der Grundlage der für sie geltenden Rechtsvorschriften zu treffen. Die Zuständigkeit der Bundesnetzagentur für die Störungsbearbeitung ist im EMVG umfassend festgestellt. Eine ausdrückliche Regelung zur Bearbeitung von Störungen im FTEG, im Telekommunikationsgesetz (TKG) sowie im Gesetz über den Amateurfunk (AFuG) ist somit nicht erforderlich.

### **5.2 Aufgabenstellung**

Der Prüf- und Messdienst der Bundesnetzagentur klärt bestehende oder vorhersehbare elektromagnetische Unverträglichkeiten einschließlich Funkstörungen auf. Die Störungsbearbeitung im Sinne des § 22 Abs. 2 Nr. 5 EMVG beinhaltet die Ermittlung der Störungsursache sowie die Veranlassung von Abhilfemaßnahmen in Zusammenarbeit mit den Beteiligten.

Ermächtigungsgrundlage für den Erlass belastender Maßnahmen im Rahmen der Störungsbearbeitung ist § 27 Abs. 1 und Abs. 2 EMVG bzw. § 15 Abs. 1 FTEG in Verbindung mit § 27 Abs. 1 und Abs. 2 EMVG.

Nach § 27 Abs. 1 EMVG ist die Bundesnetzagentur zunächst befugt, die notwendigen Maßnahmen zur Aufklärung von bestehenden oder vorhersehbaren Störungen, wie z. B. Messungen, durchzuführen.

---

Nach § 27 Abs. 2 EMVG kann die Bundesnetzagentur

1. zum Schutz von zu Sicherheitszwecken verwendeten Empfangs- oder Sendefunkgeräten und -anlagen und den zugehörigen Funkdiensten,
2. zum Schutz öffentlicher Telekommunikationsnetze,
3. zum Schutz von Leib oder Leben einer Person oder von Sachen von bedeutendem Wert oder
4. zum Schutz vor Auswirkungen von Betriebsmitteln, die nicht den Vorschriften dieses Gesetzes oder anderen Gesetzen mit Festlegungen zur elektromagnetischen Verträglichkeit genügen,

besondere Maßnahmen für das Betreiben von Betriebsmitteln an einem bestimmten Ort anordnen oder alle erforderlichen Maßnahmen treffen, um das Betreiben von Betriebsmitteln an einem bestimmten Ort zu verhindern.

Die Bundesnetzagentur legt zur Bewertung der an der elektromagnetischen Unverträglichkeit beteiligten Betriebsmittel die allgemein anerkannten Regeln der Technik zu Grunde. Diese manifestieren sich insbesondere in den harmonisierten Normen.

Die abschließende Gesamtbewertung erfolgt aufgrund einer Einzelfallbetrachtung. Infolge dieser Bewertung ist dann über die Abhilfemaßnahmen zu entscheiden.

Liegt keiner der Fälle des § 27 Abs. 2 Nr 1 bis 4 EMVG vor (z. B. kein Sicherheitsfunkdienst beteiligt, keine Gefahr für Leib und Leben, beteiligte Betriebsmittel entsprechen den gesetzlichen Anforderungen) kann die Bundesnetzagentur nach § 27 Abs. 3 EMVG unter Abwägung der Interessen der Beteiligten die notwendigen Maßnahmen zur Ermittlung der Störungsursache durchführen und Abhilfemaßnahmen in Zusammenarbeit mit den Beteiligten vorschlagen. Diese Fallgestaltung ist insbesondere bei Kollisionsfällen gegeben. Sofern die Beteiligten den Abhilfeschlag nicht aufgreifen, sind die Abhilfemaßnahmen ggf. auf zivilrechtlichem Wege von den Beteiligten durchzusetzen.

### **5.3 Umfang**

Am Beginn des Prozesses steht die Störungsmeldung des Kunden oder die Feststellung einer Störung durch eigene Beobachtung der Bundesnetzagentur. Die messtechnische Bearbeitung beinhaltet in der Regel die Überprüfung der Störungssanke, die Ermittlung der Störungsquelle und der Störungsursache.

Die Veranlassung von Abhilfemaßnahmen in Zusammenarbeit mit den Beteiligten, ggf. die Anordnung einer Maßnahme zur Störungsbeseitigung oder der Vorschlag von Abhilfemaßnahmen zur Störungsbeseitigung im Kollisionsfall beenden die Störungsbearbeitung.

Der Störungsmeldende ist über den Abschluss der Bearbeitung schriftlich zu informieren.

### **5.4 Priorität**

Die Festlegung der Priorität bei der Bearbeitung von elektromagnetischen Unverträglichkeiten richtet sich im Regelfall nach den Auswirkungen, der Intensität und der Häufigkeit der Störung, sowie nach der Anzahl der betroffenen Personen.

Besteht aufgrund einer elektromagnetischen Störung

- eine erhebliche Beeinträchtigung eines zu Sicherheitszwecken verwendeten Empfangs- oder Sendefunkgerätes,

- 
- eine erhebliche Beeinträchtigung der Nutzung eines öffentlichen Telekommunikationsnetzes,
  - eine Gefahr für Leib oder Leben einer Person oder für fremde Sachen von bedeutendem Wert,

so sind diese Aufträge von hoher Priorität.

Dies betrifft insbesondere Störungen im Bereich des Flugfunkdienstes und von Funkdiensten der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS).

Auch die Bearbeitung von Funkstörungen, deren Fortdauer erhebliche wirtschaftliche Einbußen zur Folge hätten, haben hohe Priorität.

Nicht erhebliche Beeinträchtigungen in zu Sicherheitszwecken verwendeten Empfangs- oder Sendefunkgeräten, in öffentlichen Telekommunikationsnetzen, in gewerblichen Frequenznutzungen sowie Störungen des Ton- und Fernsehrundfunks großer Wirkbreite (Massenstörungen) sind in der Regel mit mittlerer Priorität zu bearbeiten.

Die Störungsbearbeitung bei sonstigen Betriebsmitteln, bei Einzelstörungen des Ton- und Fernsehrundfunks sowie bei anderen Frequenznutzungen hat in der Regel niedrige Priorität.

Die Festlegung der Priorität erfolgt im konkreten Einzelfall durch den verantwortlichen Sachbearbeiter (vSb) nach den vorgenannten allgemeinen Grundsätzen.

## **5.5 Reaktions- und Bearbeitungszeiten**

Die Reaktionszeiten richten sich nach der festgelegten Priorität.

### **A. Hohe Priorität**

Sofortige stationäre und wenn erforderlich mobile Bearbeitung. Die Erreichbarkeit des Einsatzortes mit einem Messfahrzeug innerhalb von 3 Stunden nach Meldung der Störung ist sicherzustellen.

### **B. Mittlere Priorität**

Sofortige stationäre Bearbeitung. Eine mobile Bearbeitung soll spätestens am nächsten Regelarbeitsstag erfolgen.

### **C. Niedrige Priorität**

Zeitnahe stationäre Vorermittlung, sofern erforderlich. Eine mobile Bearbeitung soll innerhalb von 5 Regelarbeitsdagen beginnen.

Die Bundesnetzagentur unterhält eine durchgängig erreichbare Störungsannahme. Die sofortige stationäre Bearbeitung wird durch den ständig besetzten stationären Messdienst gewährleistet. Um die oben genannten Reaktionszeiten auch bei mobiler Bearbeitung sicherzustellen, wird Personal in Rufbereitschaft vorgehalten, das bei Bedarf innerhalb einer Stunde auf der Dienststelle anwesend sein muss. Standorte mit Rufbereitschaft werden nach dem Grundsatz ausgewählt, dass beliebige Einsatzorte in der Bundesrepublik innerhalb von 2 Stunden vom Standort der Messstelle erreichbar sind (für >95 % der Fläche).

Die Ermittlung der Störungsursachen soll zügig erfolgen. In Priorität A und B ist die Bearbeitung nach Aufnahme der Tätigkeiten innerhalb der vorgegebenen Reaktionszeiten kontinuierlich bis zur messtechnischen Aufklärung fortzusetzen.

In der Regel soll die messtechnische Aufklärung in Priorität C einen Zeitraum von 6 Wochen nicht überschreiten.



## 5.6 Verfahrensablauf

Funktionen	Kunde / Bundesnetzagentur	DLZ 6, 7 und 8										Referat 511	Frequ. zut. Stelle <sup>2)</sup>	ASTL	AbtL 5	Referat 411	Referat 416	DLZ 15 (ZW)	DLZ 11	Störungsverursacher	Polizei, Richter	Bundeskasse
		Störungsannahme	verantwortlicher Sb (vSb)	Zentrale Disposition (Sb/Ma)	Messdienst (Sb/Ma)	Leiter DLZ	Technische Ausstattung (TA)	verantwortl. Bediensteter (vB)														
Prozessverantwortung wahrnehmen																						
Störung melden / feststellen	●	○																				
Störungsrelevante Daten erfragen / erfassen	○	●																				
Auftrag in IT anlegen und übergeben		●																				
Zuständigkeit der BNetzA prüfen	X	○	●			○				○												
Bearbeitung fachspezifisch vorgeben			●	○		○				○												
besondere Sach-/Messmittel bereitstellen			○	●	X	○	○			○						○						
Auftrag disponieren	○		○	●	○	○																
Störung bearbeiten	○	○	○		●		○			○	1)			○	○				○	○		
Beratung durchführen	○	○	○		●					○								X	○			
erf. Durchsuchung beantragen			○		○	○			●	X				○	○			○		○		
erf. Durchs. bei Gefahr im Verzug anordn.			○		○	○			●	X								○		○		
erf. Durchsuchung durchführen			○		●	○			○	X								○	X	○		
über Sofortmaßnahme entscheiden	○		○		○	○			●	○				○	○			○	○			
erf. Sofortmaßnahme festlegen und durchsetzen	X		○		●				○	X									○	○		
erf. Sofortmaßnahme schriftlich bestätigen			○		○				●	○									X			
Störungsbearbeitung dokumentieren			○		●																	
Bearbeitungsstand prüfen				●	○																	
Ergebnis fachlich prüfen			●		○	○				○												
Störungsursache dokumentieren			●		○																	
Störungsbeseitigung einleiten	X		●																			
Verwaltungsverfahren zur Störungsbeseitigung durchführen EMVG, FTEG, AFuG			○			○				●				○	○			○	○			○
Verwaltungsverf. zur Störungsbes. durchführen TKG			○			○				○	●							○	○			○
OWi-Verfahren durchführen EMVG			○							○	○							●	○			○
OWi-Verfahren durchführen TKG, AFuG			○							○		○						●	○			○
Störungsbeseitigung nachprüfen	○		●																○			
Nachprüfung disponieren	○		○	●	○	○													○			
Nachprüfung durchführen	○		○		●		○												○			
Bearbeitungsstand der Nachprüfung prüfen				●	○																	
Endprüfung vornehmen			●		○																	
Auftragsdaten in IT eingeben, Auftr. abschl.	X		●																			
Dokumentation archivieren			●																			
Statistikdaten auswerten		X	○	X	X	●	X			○		○	○									
regionale Kennzahlen auswerten			X		X	X				X		●	X									
bundesweite Kennzahlen auswerten			X		X	X				●		X	X									
Prozessablauf optimieren						○				●		○	○									
Qualitätsbez. Korrekturen veranl.		X	X	X	X	○				○		○	●									

Legende  
unmittelbar am Prozess Beteiligte

● = verantwortlich (entscheiden, anordnen, durchführen, überwachen)

○ = Mitarbeit

X = Information

1) = Informationen über zugeteilte und zuteilungsfähige Parameter

2) = DLZ 4, DLZ 5, DLZ 10, DLZ 12 und alle frequenzzuteilenden Referate

### 5.6.1 Verbale Beschreibung zum Verfahrensablauf

Aufgabe	Arbeitsbeschreibung	Verantwortlich	Schnittstelle / Mitarbeit
<b>Prozessverantwortung wahrnehmen</b>	Die Gesamtverantwortung für den Störungsbearbeitungsprozess obliegt dem Abteilungsleiter 5	5	
<b>Störung melden / feststellen</b>	In der Regel werden die Störungsmeldungen über die Rufnummer der Störungsannahme oder per E-Mail entgegengenommen. Störungen können auch durch die Bundesnetzagentur selbst festgestellt (z.B. aus stationären Beobachtungen) und weiterverfolgt werden.	Kunde, Bundesnetzagentur	
<b>Störungsrelevante Daten erfragen / erfassen</b>	Alle Daten, die zur Erkennung und Bearbeitung einer Störung erforderlich sind, müssen abgefragt werden.	StörAn-nahme	Kunde
<b>Auftrag in IT anlegen und übergeben</b>	Daten in IT anlegen (Ersterfassung). Übergabe an zuständigen verantwortlichen Sachbearbeiter (vSb).	StörAn-nahme des PMD	
<b>Zuständigkeit der Bundesnetzagentur prüfen</b>	Zuständigkeit der Bundesnetzagentur prüfen. Dabei ist darauf zu achten, dass von der Bundesnetzagentur nur elektromagnetische Unverträglichkeiten einschließlich Funkstörungen bearbeitet werden.  Bundesnetzagentur ist <b>nicht</b> zuständig bei Betriebsstörungen. Den Meldenden an die zuständige Stelle verweisen.  Auftrag annehmen bzw. ablehnen. Fallweise sind Informationen über Frequenzuteilungen (nichttechnische und technische Parameter) einzuholen.	vSb	Kunde Ref. 511
<b>Bearbeitung fachspezifisch vorgeben</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Festlegung der Priorität</li> <li>– verantwortliche Überprüfung auf Vollständigkeit</li> <li>– erforderliche Messmittel</li> <li>– Störungsbearbeitung im ID oder AD zu erledigen</li> <li>– Messverfahren.</li> </ul>	vSb	Ref. 511
<b>besondere Sach-/Messmittel bereitstellen</b>	Erforderliche besondere Sach-/ Messmittel von anderen OrgE (z. B. DLZ 15, Ref. 511) anfordern.	Dispo	Ref. 511 DLZ 15 (ZW)
<b>Auftrag disponieren</b>	Fristgerechte, effiziente und ressourcenoptimierte Auftragserledigung organisieren.	Dispo	Kunde
<b>Störung bearbeiten</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Vorbereitung Überprüfung der Unterlagen auf Vollständigkeit und Richtigkeit der Angaben, Formblätter, usw. Übernehmen der Messgeräte, ggf. Messwagen, Antennen, Kartenmaterial, usw.</li> <li>– Störungssenke überprüfen Gestörtes Gerät auf Kennzeichnung, Funktionsfähigkeit, Anschlussmöglichkeiten, Einstellungen, usw. optisch und messtechnisch überprüfen, Feststellung der Qualität des Nutzsymbols, Funkversorgung, usw.</li> <li>– Störungsquelle ermitteln Lokalisieren, ggf. mit Hilfe von Peilern, Richtantennen ausfindig machen und örtlich feststellen.</li> <li>– Betreiber und/oder Eigentümer der Störungsquelle ermitteln</li> <li>– Störungsursache feststellen Die Störungsursache ggf. messtechnisch ermitteln. Sie</li> </ul>	Messdienst (Sb/Ma)	Kunde   Störungsverursacher, Ref. 511 Ref. 411 / 416

Aufgabe	Arbeitsbeschreibung	Verantwortlich	Schnittstelle / Mitarbeit
	kann sowohl bei der Störungssenke als auch bei der Störungsquelle zu finden sein. Die frequenzuteilende Stelle stellt ggf. Informationen über zugeteilte oder zuteilungsfähige Parameter bereit.		Freq. zut. Stelle
<b>Beratung durchführen</b>	Der Grundsatz „Beratung vor Maßnahme“ ( <b>vor</b> im Sinne von <b>vorrangig</b> ) ist in jedem Fall einer rechtswidrigen Frequenznutzung anzuwenden, sofern diese nicht vorsätzlich oder im Zusammenhang mit einer Straftat begangen wurde. Die Beratung ist mit dem Formblatt „Sachverhaltsfeststellung“ zu dokumentieren, vor Ort ist das entsprechende Informationsblatt auszuhändigen oder zu hinterlegen. Wenn die Störungsfälle bereits vor Ort aufgeklärt und im Einvernehmen mit dem Kunden bzw. Störungsverursacher beseitigt werden können, wird die Beratung in der Regel ausreichend sein.	Messdienst (Sb/Ma)	Störungsverursacher Kunde vSb Ref. 511 DLZ 11
<b>erforderliche Durchsuchung beantragen</b>	Unter den in § 28 Abs. 1 EMVG genannten Voraussetzungen kann die Bundesnetzagentur, wenn die Störungsquelle nicht anders zu ermitteln ist, eine Durchsuchung von Grundstücken, Räumlichkeiten und Wohnungen beim zuständigen Richter beantragen (§ 28 Abs. 2 EMVG).	vB	Richter Polizei DLZ 11 Ref. 411 / 416
<b>erforderliche Durchsuchung bei Gefahr im Verzug anordnen</b>	Bei Gefahr im Verzug kann nach § 28 Abs. 2 Satz 2 EMVG die Durchsuchung auch durch den verantwortlichen Bediensteten (vB) der Bundesnetzagentur schriftlich angeordnet werden.	vB	Messdienst (Sb/Ma) Polizei DLZ 11 Ref. 411 / 416
<b>erforderliche Durchsuchung durchführen</b>	Die Durchsuchung ist vom dafür geschulten Bediensteten des Messdienstes der Bundesnetzagentur durchzuführen. Die Polizei ist hieran zum Schutz der Beamten des Messdienstes und zur evtl. erforderlichen Durchführung von Zwangsmaßnahmen im Rahmen der Amtshilfe nach § 4 VwVfG zu beteiligen. Die Verantwortung für die Rechtmäßigkeit der zu treffenden Maßnahme obliegt der Bundesnetzagentur (§ 7 Abs. 2 VwVfG).	Messdienst (Sb/Ma)	Polizei DLZ 11 Störungsverursacher
<b>über Sofortmaßnahme entscheiden</b>	Je nach Auswirkung der Störung muss über eine sofortige Betriebseinschränkung, Abschaltung von Geräten, Außerbetriebnahme von Funkanlagen u. dgl. entschieden werden. Ist vor Ort eine einvernehmliche Störungsbeseitigung nicht möglich, muss durch den verantwortlichen Bediensteten entschieden werden, ob eine Sofortmaßnahme erforderlich ist. Der vB entscheidet in diesem Zusammenhang auch, ob er eine Durchsuchung beantragt oder bei Gefahr im Verzug selbst anordnet.	vB	Kunde/ Störungsverursacher Ref. 511 DLZ 11 Messdienst (Sb/Ma) Ref. 411 / 416
<b>erforderliche Sofortmaßnahme festlegen und durchsetzen</b>	Der Messdienst legt im Benehmen mit dem verantwortlichen Bediensteten die Art der Sofortmaßnahme fest. Die Maßnahme muss geeignet und angemessen sein. Der Messdienst ordnet die festgelegte Sofortmaßnahme an und setzt diese durch.	Messdienst (Sb/Ma)	Kunde Störungsverursacher Polizei vB; Ref. 411 / 416
<b>erforderliche Sofortmaßnahme bestätigen</b>	Durchgeführte Sofortmaßnahme unverzüglich schriftlich bestätigen.	vB	Messdienst (Sb/Ma) Störungsverursacher Ref. 411 / 416
<b>Störungsbearbeitung dokumentieren</b>	Lückenlose Beschreibung der erfolgten Störungsbearbeitung (insbesondere Datum, Uhrzeit, anwesende Personen, verwendete Messgeräte und Antennen, Messwerte, ggf. Fotos, Art und Typ des gestörten und störenden Gerätes, usw.) auf	Messdienst (Sb/Ma)	vSb



Aufgabe	Arbeitsbeschreibung	Verantwortlich	Schnittstelle / Mitarbeit
	den entsprechenden Formblättern gemäß AA 09/STÖ/01.		
<b>Bearbeitungsstand prüfen</b>	Bearbeitungsstand prüfen und die Daten in der IT aktualisieren.	Dispo (Sb/Ma)	Messdienst (Sb/Ma)
<b>Ergebnis fachlich prüfen</b>	Die Prüfung der Ergebnisse der Störungsbearbeitung erfolgt hinsichtlich der Plausibilität der ermittelten Messwerte, der Störungsursache und der rechtlichen Aspekte. Notwendige Korrekturen oder Ergänzungen werden hier eingeleitet.	vSb	Ref. 511 Messdienst (Sb/Ma) DLZL PMD
<b>Störungsursache dokumentieren</b>	Der verantwortliche Sb beschreibt detailliert die Störungsursache, so dass aufgrund dieser Angaben der Störungsverursacher zur Beseitigung der Störung aufgefordert werden kann.	vSb	Messdienst (Sb/Ma)
<b>Störungsbeseitigung einleiten</b>	Maßnahmen zur Beseitigung der Störungsursache einleiten und ggf. Vorgang an Ref. 511 oder Freq. zut. Stelle zur weiteren Bearbeitung abgeben. Sofern die Bearbeitung auf Basis des EMVG erfolgen soll, führt der verantwortliche Sachbearbeiter zunächst gemäß § 28 VwVfG eine Anhörung zu der beabsichtigten Maßnahme durch.	vSb	Kunde Ref. 511 Freq. zut. Stelle Ref. 411 / 416
<b>Verwaltungsverfahren zur Störungsbeseitigung durchführen EMVG, FTEG, AFuG</b>	Anschreiben mit Anordnung der Maßnahme an den Störungsverursacher gem. EMVG, FTEG und AFuG fertigen und versenden.  Alle Folgemaßnahmen zur rechtlichen Durchsetzung der Beseitigung der Störungsursachen (Zwangsgeldverfahren) und/oder Weitergabe von ordnungswidrigkeitsrelevanten Vorgängen an das DLZ 11.  Bei schuldhaftem Verstoß gegen die Bestimmungen des EMVG in Verbindung mit durchgeführten Maßnahmen sind Gebühren/Kosten nach den jeweiligen Rechtsverordnungen festzusetzen.	Ref. 511	Störungsverursacher DLZ 11 Ref. 411 / 416  Bundeskasse
<b>Verwaltungsverfahren zur Störungsbeseitigung durchführen TKG</b>	Anschreiben an den Störungsverursacher gem. TKG fertigen und versenden.  Alle Folgemaßnahmen zur rechtlichen Durchsetzung der Beseitigung der Störungsursachen (Zwangsgeldverfahren) und/oder Weitergabe von ordnungswidrigkeitsrelevanten Vorgängen an das DLZ 11.  Bei Verstoß gegen die Bestimmungen des TKG und AFuG in Verbindung mit durchgeführten Maßnahmen sind Gebühren/Kosten nach den jeweiligen Rechtsverordnungen festzusetzen.	Freq. zut. Stelle	Störungsverursacher DLZ 11  Bundeskasse
<b>OWi-Verfahren durchführen EMVG</b>	Ahndung der Verstöße	DLZ 11	Störungsverursacher Ref. 511 Bundeskasse Ref. 411 / 416
<b>OWi-Verfahren durchführen TKG, AFuG</b>	Ahndung der Verstöße	DLZ 11	Störungsverursacher Freq. zut. Stelle Bundeskasse
<b>Störungsbeseitigung nachprüfen</b>	Nach Fristablauf bzw. Rückmeldung des Störungsverursachers Rückfrage beim Kunden und ggf. Nachprüfung vor Ort veranlassen.	vSb	Störungsverursacher Kunde
<b>Nachprüfung disponieren</b>	Fristgerechte, effiziente und ressourcenoptimierte Auftragserledigung organisieren.	Dispo (Sb/Ma)	Störungsverursacher Kunde

Aufgabe	Arbeitsbeschreibung	Verantwortlich	Schnittstelle / Mitarbeit
<b>Nachprüfung durchführen</b>	Stand der durchgeführten Maßnahmen zur Störungsbeseitigung ermitteln (ggf. messtechnisch). Ergebnisse bzw. weitere erforderliche Maßnahmen protokollieren.	Messdienst (Sb/Ma)	Störungsverursacher Kunde
<b>Bearbeitungsstand der Nachprüfung prüfen</b>	Bearbeitungsstand prüfen und die Daten in der IT aktualisieren.	Dispo (Sb/Ma)	
<b>Endprüfung vornehmen</b>	Abschließende Prüfung der Störungsbearbeitung auf Vollständigkeit und Richtigkeit der Angaben. Prüfvermerk anbringen. Störungsrelevante Daten und Aufwand erfassen, prüfen auf Vollständigkeit und Plausibilität. Kostenträger festlegen. Der Kunde ist über das Ergebnis der Störungsbearbeitung <b>schriftlich</b> zu informieren.	vSb	
<b>Auftragsdaten in IT eingeben, Auftrag abschließen</b>	Abschließende Eingabe der Daten in das IT-System. Die Daten sind unverzüglich einzugeben.	vSb	Kunde
<b>Dokumentation archivieren</b>	Die Dokumentation wird gemäß AA 09/STÖ/01 archiviert.	vSb	
<b>Statistikdaten auswerten</b>	Über die Auswertung werden alle am Prozess Beteiligten unterrichtet.	DLZL PMD	AStL Ref. 511 AbtL 5 Freq. zut. Stelle
<b>Regionale Kennzahlen auswerten</b>	Die regionalen Kennzahlen werden vierteljährlich bezogen auf die OrgE ausgewertet.	AStL	511 AbtL 5
<b>Bundesweite Kennzahlen auswerten</b>	Die bundesweiten Kennzahlen werden vierteljährlich bezogen auf die OrgE ausgewertet.	511	AStL AbtL 5
<b>Prozessablauf optimieren</b>	Am Betriebsgeschehen orientierte, regelmäßige Überprüfung des Prozessablaufs, insbesondere hinsichtlich der Wahrnehmung der Verantwortlichkeiten, der Prüfungen, der Vorgaben und der Schnittstellen. Festlegung von Korrekturmaßnahmen.	511	AStL DLZL PMD AbtL 5
<b>Qualitätsbezogene Korrekturen veranlassen</b>	Der AbtL 5 entscheidet über Korrekturen und Verbesserungen des Prozesses.	AbtL 5	AStL 511

---

## 5.7 Kennzahlen

Zur Qualitätssicherung der Aufgabenerledigung werden im Prozess folgende Kennzahlen fortlaufend erfasst.

Die Ziele werden durch den Prozessverantwortlichen festgelegt.

Die Kennzahlen werden vierteljährlich ausgewertet und Korrekturmaßnahmen bundesweit durch 511 und regional durch die AStL festgelegt.

Ziele	Ergebnis messbar mit Merkmal
Minimierung der <b>Laufzeit</b> von Aufträgen	<b>Laufzeit (K 1)</b> eines Auftrages bis zum Abschluss
Minimierung der <b>Bearbeitungszeit</b> von Aufträgen	<b>Bearbeitungszeit (K 2)</b> eines Auftrages bis zur messtechnischen Aufklärung
Einhaltung der <b>Reaktionszeiten</b> von Aufträgen	<b>Reaktionszeit (K 3)</b> eines Auftrages bis zur ersten messtechnischen Bearbeitung im Außendienst
<b>Optimierung</b> der Quote der Aufträge ohne Störungsquelle	<b>Arbeitsgüte (Q 1)</b> Quote der Aufträge ohne Störungsquelle
Optimierung der <b>Kosten</b> von Aufträgen	Durchschnittliche <b>Kosten (Ko 1)</b> eines Auftrages

Weitere Kennzahlen und Statistiken können mit Hilfe von ABIS erstellt werden.

---

## **6 Mitgeltende Unterlagen (in der jeweils geltenden Fassung)**

Arbeitsanweisung „Bearbeiten von Störungen“ AA 09/STÖ/01 mit Anlagen und Anhängen.

Richtlinie 2014/30/EU des europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 zur Harmonisierung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die elektromagnetische Verträglichkeit.

## **7 Änderungsdienst**

Die vorliegende VA unterliegt dem Änderungsdienst. Bei einer Änderung ist ein Exemplar der ungültigen Ausgabe noch mindestens 10 Jahre bei 511 aufzubewahren. Danach darf eine Aussonderung nur mit Genehmigung des Prozessverantwortlichen erfolgen.

Zuständige Stelle für den Änderungsdienst dieser VA: 511.

Die jeweils aktuelle Fassung wird von dem Referat 511 im Intranet bekannt gegeben.

## **8 Verteiler**

Die Verteilung wird durch das Referat 511 laut folgender Verteilerliste veranlasst.

AbtL Z, 2, 4, 5

UAbtL Z2, 41

RefL Z 11, Z 22, Z 25, Z 26, 215, 221, 223, 224, 226, 411, 416, 511

sowie alle AStL, L DLZ 4, 5, 6, 7, 8, 10, 12

DLZ 11, Widerspruchs-Sb

GPR

## **9 Anlagen**

**Anlage 1** Schnittstellenbeschreibung (grafisch)

## Anlage 1

